

Offener Brief an
Deutschland Radio Kultur
Per Mail

20.01.2009

Suspekte Darstellung der Realität häuslicher Gewalt

*Stellungnahme zum Radiobeitrag "Suspekte Zahlen - Genderpolitik mit Rechenfehlern",
gesendet am 07.01.2009 auf Deutschlandradio Kultur*

In den o.g. Beitrag heißt es, in der Öffentlichkeit verbreitete Zahlen über weibliche Opfer häuslicher Gewalt seien falsch bzw. unseriös. Der Beitrag bezieht sich auf die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegebene repräsentative Studie zur Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland, deren Ergebnisse im Jahr 2004 vorgelegt wurden. Ein Ergebnis dieser Studie ist, dass 25% aller befragten Frauen seit ihrem 16. Lebensjahr mindestens einmal Opfer von Gewalt durch ihren Partner oder Ex-Partner wurden. Da es sich um eine repräsentative Studie handelt, deren Probanden nach wissenschaftlichen Kriterien ausgewählt wurden, lässt sich ein solches Ergebnis als Prävalenz von Partnergewalt gegen Frauen lesen: jede vierte Frau in Deutschland erlebt - statistisch betrachtet - einmal in ihrem Leben nach ihrem 16. Lebensjahr häusliche Gewalt.

Die Autorin des Beitrages behauptet jedoch, diese Zahlen seien unseriös, weil keine Zeiträume angegeben werden. Diesen Vorwurf kann man den Forscherinnen der Untersuchung nicht machen, ein Blick in die Veröffentlichung belegt sofort, dass bei jeder genannten Zahl genau der Bezug zu einem Zeitraum angegeben wird. Im oben genannten Fall handelt es sich um die Lebenszeitprävalenz seit dem 16. Lebensjahr.

Um die Zahlen der Untersuchung zu entkräften zieht die Autorin Zahlen polizeilich gemeldeter Fälle häuslicher Gewalt heran. Dass im Jahr 2007 in Darmstadt 237 Fälle häuslicher Gewalt gegen Frauen polizeilich registriert wurden, wird als Beleg angeführt, dass keineswegs jede 4., sondern nur 0,33% betroffen sind. Hier vergleicht die Autorin leider Sachverhalte, die nicht vergleichbar sind: während in der o.g. Untersuchung die Lebenszeit-Prävalenz häuslicher Gewalt ab dem 16. Lebensjahr erhoben wurde, wird als Vergleich die Jahres-Inzidenz polizeilicher Fälle herangezogen. Allen, die sich mit der Thematik auskennen, ist bekannt, dass 1.) eine auf ein Jahr bezogene Gewalttrate logischerweise immer niedriger liegt als eine Lebenszeit-Rate und dass 2.) die polizeilich registrierten Fälle niemals eine Aussage über das tatsächliche Ausmaß der Gewalt erlauben. Wäre dies der Fall, würde man unterstellen, jede von häuslicher Gewalt betroffene Frau wendet sich automatisch an die Polizei. Alle, die schon einmal mit von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen zu tun hatten wissen, dass dies nicht der Realität entspricht. Interessanterweise erwähnt die Autorin diese Realität sogar, allerdings nur bezogen auf Männer und Kinder.

Sie fordert dementsprechend am Ende ihres Beitrages, dass die zur Verfügung stehenden Gelder gleichermaßen zur Unterstützung von Frauen, von Männern und von Kindern

ausgegeben werden. Wäre man wirklich daran interessiert, dass jeder von Gewalt betroffene Mensch in Deutschland die Unterstützung bekommt, die er benötigt, würde man nicht eine Reduzierung der Gelder für Frauenunterstützung fordern, sondern eine Erhöhung der gesamten Mittel.

Wir haben Ihren Sender bislang mit seriös recherchierten Beiträgen über gesellschaftliche Themen assoziiert und sind sehr verwundert, dass ein solch tendenziöser Beitrag gesendet wurde. Gerne stehen wir mit unserer Expertise zum Thema häusliche Gewalt für weitere Beiträge zur Verfügung.

Freundliche Grüße
Katja Grieger und Heidrun Brandau
für die Geschäftsstelle des bff

**Bundesverband Frauenberatungsstellen
und Frauennotrufe // Frauen gegen Gewalt e.V.**
Rungestraße 22-24 // 10179 Berlin
t: 030/32 29 95 00 // f: 030/32 29 95 01
m: info@bv-bff.de
www.frauen-gegen-gewalt.de